

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 26. März 2021

Tobias von Pein:

Junge Menschen brauchen Freiräume, Bewegung und den Austausch mit Gleichaltrigen

TOP 29: Kinder und Jugendliche in der Pandemie besser unterstützen (Drs. 19/2864, AltA 19/2891)

„Astrid Lindgren sagte mal: "Es gibt kein Alter, in dem alles so irrsinnig intensiv erlebt wird wie in der Kindheit. Wir Großen sollten uns daran erinnern, wie das war." Was für die Kindheit gilt, das gilt auch für die Jugend; was vor der Pandemie galt gilt auch jetzt: Es ist so vieles neu, aufregend und prägend. Und die besten Sachen sind die, die man neugierig und abenteuerlich selbst entdecken kann: das erste Zeltlager, der erste Ausflug auf den Abenteuerspielplatz, der erste Kinobesuch mit Freundinnen, die erste Party, das erste Date. Kindheit und Jugend ist mehr als Familie und Schule. Junge Menschen brauchen Freiräume, Bewegung und den Austausch mit Gleichaltrigen; sie müssen Selbstwirksamkeit erfahren, Grenzen austesten und sich mit ihrer Peer-Group, also „ihrer Wahlfamilie“, treffen können. Durch die Beschränkungen in der Pandemie werden diese Dinge erheblich eingeschränkt oder sind gar nicht möglich. Dazu kommen bei vielen Kindern und Jugendlichen Ängste um die Gesundheit der Angehörigen und bei älteren Jugendlichen auch Sorgen um die eigene Zukunft: Wie finde ich heute ein Praktikum oder einen Ausbildungsplatz?

Das alles verursacht erheblichen Stress und birgt ein nicht zu unterschätzendes Gesundheitsrisiko. Studien und Warnungen von Expert:innen haben in den letzten Wochen immer wieder aufgezeigt, dass psychische Probleme bei Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit der Pandemie deutlich ansteigen. Infektionsschutz ist wichtig, aber Gesundheitsschutz ist mehr als Pandemiebekämpfung. In der zweiten Anhörung des Landtags zur Corona-Pandemie wurde deutlich, dass die Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Auch der Antrag, der hier von der Jamaika-Koalition vorgelegt wurde, reicht unserer Meinung nach nicht aus. Es muss jetzt ein großes Paket an Maßnahmen auf den Weg gebracht werden. Von der Beteiligung an politischen Entscheidungen, über eine verbesserte Öffnungsstrategie der Jugendhilfe, der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bis in die Jugendverbandsarbeit. Der Perspektivplan muss angepasst werden. Und zwar so, dass er für Kinder und Jugendliche eine echte Perspektive darstellt: Jugendarbeit außerhalb von Schule sollte als erstes geöffnet werden und als letztes geschlossen werden. Die psychische Gesundheit und der präventive Kinderschutz müssen Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben. Dazu gehört auch eine Verbesserung der Gewaltprävention und frühe Hilfen im Zusammenhang mit Kindeswohlgefährdung. Kinder und Jugendliche

müssen die Möglichkeit haben, über mehrere Tage aus ihren vier Wänden zu kommen. Nicht Schule sollte in den Ferien nachgeholt werden, sondern Lebenserfahrungen. Dazu muss sich die Landesregierung auf Augenhöhe mit den Jugendverbänden – und vertretungen begeben und – ganz im Sinne der Partizipation – mit ihnen zusammen eine gemeinsame Test- und Hygienestrategie erarbeiten.

Ehrenamt braucht Verlässlichkeit und Vorlaufzeit. Das wird gut funktionieren, denn Haupt- und Ehrenamtliche in der Kinder- und Jugendarbeit sind extrem kreativ und pflichtbewusst. Schon jetzt würde nichts würde gegen gemeinsame Aktivitäten an der frischen Luft sprechen. Als Land der „frischen Luft“ würde uns das gut zu Gesicht stehen, hier drinnen und draußen nicht mehr gleich zu behandeln. Das wird nicht nur mehr Aktivitäten ermöglichen, sondern auch die Ehren- und Hauptamtlichen schützen. Lassen Sie uns den Kindern und Jugendlichen unter gut durchdachten Bedingungen ein Stück Freiheit und soziale Sicherheit zurückgeben. Die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf junge Menschen sollte immer, wirklich immer eine stete Richtschnur für unsere Entscheidungen sein. In diesem Sinne, freue ich mich auf die weiteren Beratungen.“